

„Der Euro muss zum Erfolg werden!“

Als Antwort auf die wachsenden Spannungen in der Europäischen Union und den Brexit plädiert Professor Christian Keuschnigg für Dezentralisierung und ein flexibleres Modell für Europa mit drei Ebenen.

VON MARTIN MAIER

► **GEWINN:** Die meisten westlichen Länder haben sich trotz guter Konjunktur in den letzten Jahren weiter verschuldet. Jetzt kühlt die Konjunktur merklich ab. Soll die Wirtschaftspolitik trotzdem unterstützend eingreifen?

KEUSCHNIGG: Das tut sie ja ohnehin ganz automatisch, weil jedes Land in unterschiedlichen Ausprägungen über automatische Stabilisatoren verfügt. Das wichtigste Instrument ist etwa die Arbeitslosenversicherung. In einem wirtschaftlichen Abschwung nehmen das mehr Leute in Anspruch. Auf der anderen Seite verdienen die Leute weniger. Weil die Steuern üblicherweise progressiv sind, brechen dann die Steuer-

einnahmen ein. Zusammengefasst, die Staatsausgaben steigen, die Steuereinnahmen sinken, beides stabilisiert die Nachfrage und führt zum konjunkturell bedingten Defizit, das wir auch zulassen sollten. Es stellt sich aber die Frage, ob Länder darüber hinaus noch diskretionär eingreifen sollen. Und diesbezüglich bin ich schon sehr skeptisch, weil die Staatsausgaben nach langfristigen Zwecken und nicht nach der konjunkturellen Lage bemessen sein sollten. Außerdem sind die stetigen Staatsausgaben selbst schon eine stabilisierende Nachfrage.

CHRISTIAN KEUSCHNIGG,
Universität St. Gallen, Wirtschaftspolitisches Zentrum Wien,
beim Investmentforum 2019 von Spängler Iqam Invest

„Wenn ein Land, das nicht wettbewerbsfähig ist, am Euro teilnimmt, ist die Herausforderung riesig. Das schafft nur Probleme, wie etwa in Griechenland.“

GEWINN: Aus Ihrer Sicht ist die hohe Staatsverschuldung in westlichen Ländern gefährlich. Warum ist das so?

KEUSCHNIGG: Es gibt in der Euro-Zone keine wirklich eigenständige Nationalbank mehr, sondern nur noch eine europäische Zentralbank, und die darf ja nicht die Staatsschulden von einem einzelnen Land garantieren. Damit wird die Frage der Kreditwürdigkeit der Staaten wichtiger. Die muss man auch kultivieren, indem man die Höhe der Staatsschulden im Griff behält (Anm. d. Red. siehe zur EZB auch S. 18).

GEWINN: In welchen Ländern ist der Schuldenabbau am drängendsten?

KEUSCHNIGG: Generell ist das in Ländern, in denen die Staatsschulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt über 100 Prozent liegen, dringend notwendig. Wie etwa in Italien oder Griechenland.





Zur Person:

Christian Keuschnigg ist Professor für Nationalökonomie, insbesondere öffentliche Finanzen, an der Universität St. Gallen und leitet das Wirtschaftspolitische Zentrum Wien. Von 2012 bis 2014 war er Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien. Das Interview fand im Rahmen des Investmentforum 2019 des heimischen Fondsanbieters Spängler Iqam Invest in Salzburg statt.

GEWINN: Sie haben mit dem Unternehmer Michael Tojner und WU-Professor Jesús Crepsa Cuaresma ein Buch mit dem Titel „Ist der Euro sicher?“ verfasst. Und, ist der Euro sicher?

KEUSCHNIGG: Ja (lacht), ich bin ein verbesserlicher Optimist! Ich gehe schon davon aus, dass sich die Euro-Zone und ihre Institutionen seit der letzten Krise stark positiv verändert haben. Aber leider spielt sich alles sehr stark in der politischen Sphäre ab. Wie etwa in Italien, wo viel davon abhängt, ob es eine handlungsfähige Regierung gibt oder nicht. Italien ist ohnehin ein Fall, bei dem sich die Probleme der Euro-

Zone akkumulieren. Das Land ist hoch verschuldet und leidet unter einer Wachstumsschwäche. Die Italiener sind jetzt in Bezug auf das reale Pro-Kopf-Einkommen um fünf Prozent ärmer als vor der Euro-Einführung. Und sie haben einen Bankensektor, der zu 16 Prozent mit schlechten Krediten beladen ist – mit großen Unterschieden zwischen den Banken wohl gemerkt. Da bräuchte es eine politische Führung, die beschließt, im nationalen Interesse diese drei Problemherde abzubauen. Nicht um die Regularien in Brüssel zu erfüllen, sondern weil man nachkommenden Generationen einen leistungsfähigen Staat hinterlassen will und um mehr Realeinkommen zu generieren.

GEWINN: Braucht es eine einheitliche Finanz- und Wirtschaftspolitik, damit der Euro halten kann?

KEUSCHNIGG: Nein, es braucht starke Regeln, die sicherstellen, dass die Länder eine Politik machen, die Euro-kompatibel ist. Einfach die Regeln einhalten, die es ohnehin bereits gibt! Der Euro muss zum Erfolg werden, sonst würde wohl auch die EU scheitern. Meine Meinung ist, dass die Euro-Zone als tiefster Grad an Integration nicht für alle richtig ist, für die Griechen war es auch nicht richtig. Wenn ein Land, das nicht wettbewerbsfähig ist, am Euro teilnimmt, ist die Herausforderung riesig. Das schafft nur Probleme, wie etwa in Griechenland,

wo die Stabilitätskultur nicht vorhanden ist. Dann ist aber vielleicht eine einfache EU-Mitgliedschaft das Richtige.

GEWINN: Und was ist das Richtige für das Vereinigte Königreich?

KEUSCHNIGG: Für die Briten war die Europäische Union offenbar auch nicht richtig, weil sonst hätten sie ja nicht für den Austritt abgestimmt. Für die gäbe es ja noch eine dritte Ebene wie etwa Efta oder EWR, einen loseren Rahmen für einen gemeinsamen Markt zum beidseitigen Vorteil. Sowohl die EU als auch die entsprechenden Länder können davon stark profitieren, diese müssen aber natürlich auch mitzahlen, wie etwa Norwegen und die Schweiz. Ich glaube, dass die Zukunft Europas an dieser Dreiteilung hängt und man nicht alle Länder in ein Korsett zwingen kann, was angesichts der Heterogenität aus meiner Sicht einfach illusorisch ist.

GEWINN: Viele sehen die massiven Investitionen Chinas weltweit als Bedrohung. Wie schätzen Sie das ein?

KEUSCHNIGG: Dass aus China riesige Finanzvermögen in die Weltwirtschaft fließen, ist einfach nicht zu vermeiden. Wenn das Geld als Direktinvestition nach Europa fließt, ist das ja im Prinzip gut. Wir müssen nur darauf achten, dass das zu fairen Wettbewerbsbedingungen erfolgt. Zum Beispiel werden in Europa öffentliche Aufträge ausgeschrieben, das muss dann in China auch so sein.